

Bevölkerungspolitik im Hinblick auf Ethik, Religionen und Kulturen

Herwig Birg

I.

Wenn ab jetzt alle Frauen der Welt das Gebären von Kindern beendeten, gäbe es auf diesem Planeten in 100 bis 120 Jahren kein menschliches Individuum und keine Menschheit mehr. Wenn dagegen die Frauen dieser Welt mit dem Gebären von Kindern in der gleichen Weise fortführen wie heute, würde die Menschheit schon bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts von derzeit 5,8 Mrd. auf über 16 Mrd. wachsen und sich eben dadurch ebenfalls in ihrer Existenz gefährden. Diese Überlegung zeigt schon mit hinlänglicher Deutlichkeit, daß sich vieles ändern muß, wenn sich nicht alles auf eine radikale, negative Weise ändern soll. Verhaltensänderungen zu erwarten oder zu fordern, bedeutet in der Regel, an ethische Verpflichtungen zu appellieren. Deshalb kann das Thema dieses Beitrags ohne Reflektionen über die Ethik, d.h. über philosophische Fragen, nicht angemessen erörtert werden.

Als einer der wichtigen Philosophen unserer Zeit hat sich Hans Jonas mit den ethischen Aspekten der globalen Bevölkerungsentwicklung bereits vor Jahrzehnten gründlich auseinandergesetzt¹. Von den jüngeren Philosophen haben ebenfalls nur wenige, insbesondere Vittorio Hösle, dieses Thema aufgegriffen². Die Schlußfolgerungen aus den Überlegungen von Hans Jonas bilden den Ausgangspunkt meines Beitrags. Jonas wendet dabei nicht etwa die Philosophie auf Fragen der Bevölkerungsentwicklung lediglich an, sondern er begründet umgekehrt wesentliche Elemente der Philosophie, nämlich die Ethik, auf Grundtatbestände des Bevölkerungsgeschehens. Dabei verfährt er ähnlich wie der große Klassiker der Philosophie — David Hume —, der schon mehr als zwei Jahrhunderte vor Jonas die Existenz von Moral und Ethik überhaupt auf elementare Gegebenheiten der Demographie zurückführte. Hume und Jonas entwickelten die These, daß alle menschlichen Tugenden bis hin zu den gesellschaftlichen Idealen, einschließlich der fundamentalen Idee der Gerechtigkeit, aus einer einzigen Quelle stammen, nämlich aus der Dankbarkeit als der Mutter aller Tugenden — der Dankbarkeit der Gatten zueinander und der gegenseitigen Dankbarkeit zwischen Eltern und ihren Kindern.

Jonas charakterisiert die Verantwortung und die Pflicht der Eltern gegenüber ihren Kinder mit folgenden Worten, die hier wegen ihrer weitreichenden theoretischen und praktischen Bedeutung hervorgehoben werden sollen: »Es ist dies die einzige von der *Natur* gelieferte Klasse völlig selbstlosen Verhaltens, und in der Tat ist dieses mit der biologischen Tatsache der Fortpflanzung gegebene Verhältnis zum unselbständigen *Nachwuchs*, und *nicht* das Verhältnis zwischen selbständigen Erwachsenen (aus dem zwar die Idee von gegenseitigen Rechten und Pflichten hervorgeht), der Ursprung der Idee von Verantwortung überhaupt ... Hier ist der Archetyp alles verantwortlichen Handelns, der zum Glück keiner Deduktion aus einem Prinzip bedarf, sondern uns (oder wenigstens dem gebärenden Teil der Menschheit) von der Natur mächtig eingepflanzt ist.«³

Ist das wirklich so, ist uns der Archetyp verantwortlichen Handelns von der Natur so »mächtig eingepflanzt«, daß sich alle Verantwortungsprinzipien, bis hin zur Verantwortung der heutigen Generationen der Menschheit gegenüber den noch nicht Geborenen in der Zukunft, aus diesem Archetyp des Verhaltens nur abgeleitet, im Sinne von bewußt gemacht zu werden braucht, um wirksam zu sein?

¹ H. Jonas: Das Prinzip Verantwortung — Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a.M., 1979

² V. Hösle: Moral Ends and Means of World Population Policy. In: H. Birg, B. Fritsch u. V. Hösle: Population, Environment and Sustainable Development. Preceedings of Symposion V, Session 2 of the World Congress of Sociology at the University of Bielefeld, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, No. 37, Bielefeld 1995, S. 85 - 99

³ H. Jonas, op.cit., S. 85

Die Fakten der Bevölkerungsentwicklung sowohl in der sogenannten Dritten Welt als auch in der Ersten Welt wecken Zweifel an dieser These. Die folgenden Überlegungen, die sich aus diesen Zweifeln ergeben, werde ich in zwei Gruppen gliedern: Erstens Überlegungen zu den ethischen Problemen der Bevölkerungsentwicklung in Industrieländern und zweitens Überlegungen zu den analogen Problemen in Entwicklungsländern. Die Aussagen über die Zukunft, die dabei eine wesentliche Rolle spielen, möchte ich nach zwei Typen unterscheiden: Der erste Typ besteht aus Aussagen, die methodisch abgesichert sind und die deshalb nicht nur ethisch gerechtfertigt, sondern auch ethisch geboten sind, weil das Zurkenntnisnehmen von wissenschaftlichen Kriterien genügendem Wissen zwar keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung ethischen Verhaltens ist.

Beim zweiten Typ handelt es sich um Aussagen über die Zukunft, die methodisch ungesichert bzw. unmöglich und daher schon deshalb ethisch bedenklich sind. Zu den ethisch nicht nur bedenklichen, sondern verwerflichen Aussagen dieser Gruppe gehören vor allem *negative* Prognosen über das zu erwartende, ethisch relevante Verhalten der Bevölkerung — also über das moralische Versagen der Menschen —, beispielsweise die Aussage, daß es den Deutschen nicht gelingen werde, die unausweichlichen Integrationsprobleme infolge der Zuwanderungen von Menschen aus anderen Kulturen auf eine vernünftige, ethischen Maßstäben genügende Weise zu lösen. Meine Auffassung dazu ist: Man darf nicht einfach unterstellen oder mit noch so vielen guten Gründen behaupten, daß Menschen nicht die Kraft haben werden, mit ihren Problemen auf eine anständige Weise fertig zu werden, auch wenn die diesbezüglichen Sorgen noch so groß und noch so gerechtfertigt erscheinen. Man darf und man muß aber vor den heraufziehenden Problemen und Gefahren warnen, wobei die Wissensvermittlung im Zentrum stehen sollte, weil das Zurkenntnisnehmen von Wissen, wie gesagt, eine der wesentlichen Voraussetzungen aller Handlungsweisen ist, die den Anspruch erheben, ethischen Prinzipien zu entsprechen. Ein besonders wichtiges negatives Beispiel ist die Aussage: »Deutschland ist kein Einwanderungsland«, die immer noch von Politikern verbreitet wird, so als sei es in das Belieben der Politik gestellt, die Wirklichkeit zu ignorieren und stattdessen etwas zur Wirklichkeit zu erklären, was ihr opportun erscheint.

Neben diesen beiden Typen von zukunftsbezogenen Aussagen gibt es noch einen Zwischenbereich von Äußerungen, die methodisch nicht abgesichert und daher teilweise höchst spekulativ, andererseits aber dennoch nicht bar jeder Erfahrungsgrundlage sind. Zu ihnen gehören vor allem die Aussagen über die Art und den Wahrscheinlichkeitsgrad der angenommenen zukünftigen Reaktionen der Politik auf die demographischen Herausforderungen. Gemeint sind hier vor allem die reflektierenden, kommentierenden und analysierenden Äußerungen aus Wissenschaften wie der Politologie und Soziologie, die den Wandel der Einstellungen der Bevölkerungen gegenüber ihren jeweiligen demographisch bedingten Problemen zum Gegenstand haben und die sich unter dem Stichwort *Wertewandel* auch prognostisch über den Wandel der Ethik äußern. So wird z.B. im Komplex der ökonomischen Globalisierung ein Trend zur Internationalisierung der Politik und zur Relativierung tradierter nationaler Werte und ethischer Grundsätze konstatiert, wobei allerdings meist offen bleibt, ob der Wertewandel als eine unvermeidliche Folge oder als eine Ursache dieser Trends betrachtet wird. Dieses Ursache-Folge-Problem scheint die Kommentatoren nicht sonderlich zu interessieren, obwohl es doch der wichtigste Aspekt des gesamten Themenkomplexes ist.

Diese dritte Art von Äußerungen ist im Vergleich zu den ersten beiden so viel häufiger, daß sie den Diskurs über den hier zu behandelnden Themenkomplex stark dominiert. Dieser Diskurs wird sich aber — das ist jedenfalls meine Auffassung — vor allem um sich selbst drehen und den eigentlichen Problemen nur im Schnecken-tempo näherrücken, solange nicht ein Mindestmaß an methodischer Klarheit auch in den nicht völlig grundlos abwertend als »Diskussionswissenschaften« bezeichneten Gesellschaftswissenschaften zur Regel wird.

II.

Die meisten Beiträge zum Thema Bevölkerungsentwicklung und -politik beginnen üblicherweise mit einer Behandlung der Probleme in den Entwicklungsländern bzw. auf globaler Ebene. Die demographisch bedingten Probleme der Industrieländer werden erst an zweiter Stelle behandelt, wenn nicht sogar wegen ihrer vermeintlich geringeren oder überhaupt nicht vorhandenen Bedeutung ganz auf sie verzichtet wird. Ich weiche von diesem Schema ab und wende mich zuerst den Industrieländern zu und erst danach den Entwicklungsländern. Eine demographische Gefährdung der künftigen internationalen Entwicklung durch ein rasches Bevölkerungswachstum der Industrieländer existiert zwar nicht, wohl aber eine Gefährdung durch ihre bereits im Gange befindliche oder bevorstehende Bevölkerungsschrumpfung sowie durch die dadurch induzierte demographische

Alterung mit der von ihr bewirkten, ganz und gar unvermeidlichen Bedrohung des Systems der sozialen Sicherung, der vielleicht wichtigsten Basis unserer zivilisatorischen Errungenschaften. Eine weitere Gefahr entsteht durch die drohende Überforderung der Integrationsfähigkeit der heimischen Bevölkerung durch hohe legale und illegale Einwanderungen aus außereuropäischen Ländern mit fremden Kulturen — im Fall Deutschlands durch Zuwanderungen auf Grund von in der Verfassung garantierten Zuzugsrechten — dem Grundrecht auf Asyl, dem Recht auf Zuzug für deutsch-stämmige Aussiedler, dem Zuzugsrecht von Flüchtlingen auf Grund der Genfer Flüchtlingskonvention, dem Zuzugsrecht im Rahmen der gesetzlich geregelten Familienzusammenführung für bereits hier lebende Ausländer und dem Zuzugsrecht für Arbeitskräfte zur Besetzung von offenen Stellen, für die sich kein Deutscher oder EU-Bürger findet.

Solche die Industrieländer direkt betreffenden, demographisch bedingten Gefährdungen bergen indirekt Risiken und Gefahren auch für die Entwicklungsländer und damit für die Welt als Ganzes. Denn abgesehen von dem Verlust an ausgebildeten Menschen, den diese Länder durch Wanderungen in die Industrieländer erleiden, bedeutet eine ökonomische oder gesellschaftliche Destabilisierung der Industrieländer, von denen die Entwicklungsländer ökonomisch und politisch stark abhängen, eine indirekte Gefährdung des überwiegenden Teils der Menschheit, die heute bereits zu 80%, aber in wenigen Jahrzehnten zu 90% aus den Bevölkerungen der heutigen Entwicklungsländer bestehen wird. Im nächsten Jahrhundert wird allein China eine Bevölkerung von 1,5 Mrd. Menschen haben — das ist das Vierfache der Bevölkerung der Staaten der europäischen Union zusammengenommen, und Indien wird China sogar noch überrunden. Das Auseinanderklaffen der Welt in ökonomischer und demographischer Hinsicht macht ökonomische Riesen zu demographischen Zwergen und umgekehrt, und allein schon aus diesem Grund sind Ökonomie und Demographie, Industrie- und Entwicklungsländer, nicht voneinander zu lösen. Die ökonomische und die demographische Weltkarte unterscheiden sich radikal voneinander, aber obwohl das so ist, stellen sie nur zwei Seiten der gleichen Medaille dar und können nicht voneinander getrennt werden (**Schaubild 1**).

Weil zu den handfesten, von niemandem bestrittenen demographisch bedingten Problemen der Industrieländer ein ethisches Versagen der Politik in der Form einer abenteuerlichen Verdrängung des Wissens über demographische Tatsachen und Trends hinzukommt, die an den von Hermann Lübke für die Verdrängung der Naziperiode in der Nachkriegszeit geprägten Begriff des *»kommunikativen Beschweigens«* erinnert, betrachte ich die demographisch induzierte Bedrohung der Stabilität der Industrieländer mit ihren indirekten Folgen für die Entwicklungsländer bzw. für die Welt als Ganzes als ein ernsthaftes, wenn nicht sogar als das für das vorliegende Thema entscheidende Problem.

Mir ist bewußt, daß diese Sicht Widerspruch hervorrufft, ja hervorrufen muß. Der Widerspruch hat Züge eines Verhaltens, das in der Psychologie als bedingter Reflex bezeichnet wird. Dieser gedankenlose Automatismus stellt selbst einen Teil der Bedrohung dar, die ich mit meiner These bezüglich der demographischen Gefährdung durch die Industrieländer meine, und deshalb will ich noch in ein paar Sätzen auf diesen Punkt näher eingehen, bevor ich mich anschließend in systematischer Weise mit meinem Thema auseinandersetze.

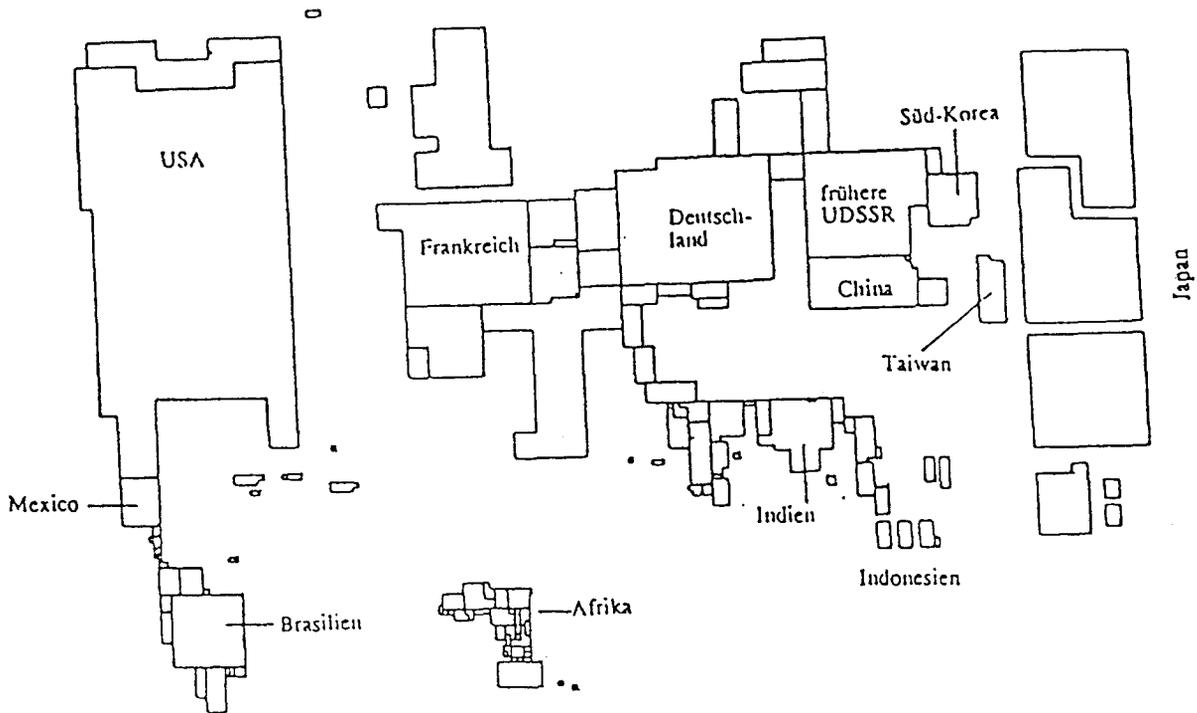
Nehmen wir als Ausgangspunkt irgendeinen einschlägigen Artikel aus einer meinungsbildenden deutschen Zeitung aus der Feder eines Fachjournalisten zum Thema Bevölkerungspolitik in Deutschland. Eine dieser Zeitungen schreibt zur demographischen Gefährdung des sogenannten Generationenvertrages durch die Alterung der Gesellschaft und zur Bevölkerungspolitik als eines manchmal vorgeschlagenen Mittels zur Lösung oder Milderung dieses Problems: *»Darf sich der Staat mit finanziellen Anreizen an die Manipulation der Bevölkerungszahl machen, um einer fehlkonstruierten Altersvorsorge über ein paar weitere Jahrzehnte zum Überdauern zu verhelfen? Das darf er nicht: aus keinem Grund. Eine solche Produktionsideologie verstößt gegen den eigentlich als gesichert geltenden Normenbestand dieser Gesellschaft.«*

Sieht man einmal davon ab, daß es höchst fraglich ist, ob eine geburtenfördernde Bevölkerungspolitik überhaupt wirksam genug sein könnte, um die ungünstige demographische Altersstruktur langfristig zu verbessern, stellt sich hier die Frage, ob der *»Normenbestand dieser Gesellschaft«* tatsächlich als gesichert gelten kann, falls seine Gültigkeit — wie es scheint — auf dem Konsens beruht, gesichertes Wissen über die Fakten der demographischen Entwicklung zu ignorieren. Ein wichtiger Bestandteil des ignorierten Wissens ist, daß die Hauptwirkung der Politik auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ebenso wie in anderen Industrieländern in den unbeabsichtigten Nebenwirkungen von Politikbereichen besteht, die direkt nichts mit Bevölkerungspolitik zu tun haben, und hierzu gehören in erster Linie die Wirtschaftspolitik und die Gesellschaftspolitik. Je erfolgreicher z.B. die Wirtschaftspolitik agiert, je besser sie das Ziel des ökonomischen Wohlstands erreicht und je höher das Pro-Kopf-Einkommen ist, desto höher sind auch — in der Vorstellung der Individuen,

Schaubild 1

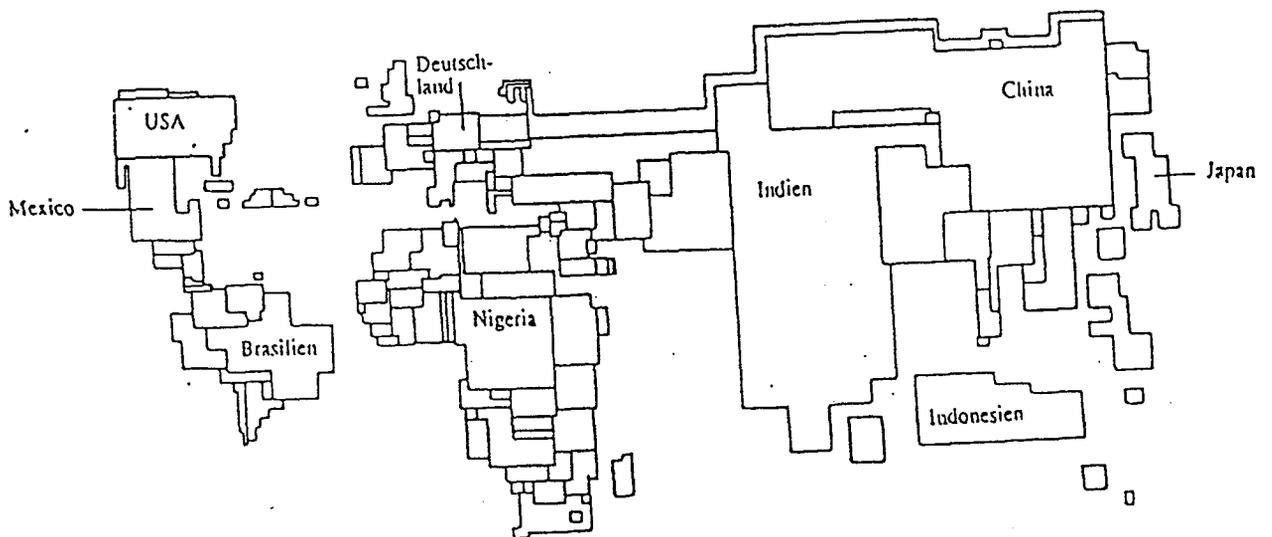
Ökonomische Weltkarte

(Die Flächen der Länder sind proportional zu ihrem Bruttosozialprodukt)



Demographische Weltkarte

(Die Flächen der Länder sind proportional zu ihrer Geburtenzahl)



Quelle: H. Birg: Die Weltbevölkerung - Dynamik und Gefahren, Beck-Verlag, München 1996.

und das ist entscheidend — die ökonomischen Opportunitätskosten von langfristigen biographischen Festlegungen in Form von Partnerbindungen und Kindern, und desto niedriger ist die Geburtenrate. Dieser negative Zusammenhang zwischen Geburtenrate und Pro-Kopf-Einkommen, der sich bei einem Vergleich zwischen den Regionen eines Industrielandes, aber auch eines Entwicklungslandes ergibt, ist in der Fachliteratur seit langem bekannt und wird von niemandem, der sich informiert hat, bestritten. Eine Vielzahl weiterer, empirisch abgesicherter Erkenntnisse der demographischen Forschung lassen sich zu folgender Schlußfolgerung zusammenfassen, die ich als *demo-ökonomisches Paradoxon* bezeichnet habe: Der Staat beeinflusst die ökonomischen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen als Basis des generativen Verhaltens so erfolgreich, daß seine Familienpolitik bzw. seine familienpolitisch intendierte Sozialpolitik gerade deshalb weitgehend erfolglos bleiben muß⁴.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die Politik in Deutschland die Bevölkerungsentwicklung dieses Landes nicht beeinflusst — sie beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung indirekt sogar sehr stark — nur weil es gemäß der politischen Rhetorik Deutschlands eine »Bevölkerungspolitik« nicht gibt. Diese Rhetorik ist oberflächlich und schlicht falsch. Sie als positives Kennzeichen des »Normenbestandes dieser Gesellschaft« heranzuziehen, zeugt von einer Selbsttäuschung, die sich nur wegen ihrer permanenten Verdrängung der Wirklichkeit eine politische Fortschrittlichkeit zugute halten kann und sich auf diese Weise das Leben in einer Traumwelt ermöglicht, aus der es ein böses Erwachen geben wird.

Diese Traumwelt lebt von der Befriedigung darüber, daß »der Normenbestand dieser Gesellschaft« ein moralisches Niveau erreicht hat, das sich wohl aus der Sicht solcher Kommentatoren hinter dem luxuriös hohen Konsumniveau dieser Gesellschaft nicht zu verstecken braucht. Unsere Gesellschaft hat es in der Kunst der Verdrängung demographischer Tatsachen zu einer so großen Meisterschaft gebracht, daß negative Entwicklungen wie die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung und die demographische Alterung mit ihren gravierenden gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen nicht nur nicht im Hinblick auf die Behebung von deren Ursache diskutiert werden — die Ursache ist vor allem die lebenslange Kinderlosigkeit eines immer größer werdenden Anteils der Frauenjahrgänge von z.Zt. etwa einem Viertel —, sondern dem uninformaten Medienkonsumenten sogar als etwas Positives erscheinen müssen, nämlich als natürliches Ergebnis des »Normenbestandes dieser Gesellschaft« am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. Wenn Aufklärung — in den Worten Immanuel Kants — der Ausgang des Menschen aus einer selbstverschuldeten Unmündigkeit ist, dann hat dieses Land seine Aufklärung und politische Mündigkeit noch vor sich.

In bezug auf das hier zu behandelnde Thema lautet die entscheidende Frage im Falle der Industrieländer: Stellt es ein moralisch-ethisches Problem dar, daß die Nettoreproduktionsrate vieler Industrieländer weit unter 1,0 liegt? Im Falle von Deutschland beträgt die Nettoreproduktionsrate 0,59 und die Kinderzahl je Frau 1,24 (alte Länder: 1,35, neue Länder: 0,77). Blicke die Kinderzahl je Frau unverändert, würde die Bevölkerungszahl in Deutschland ohne Ein- und Auswanderungen nach den übereinstimmenden Vorausberechnungen demographischer Forschungsinstitute in und außerhalb Deutschlands bis 2050 von 81,5 Mio. auf 48 und bis 2100 auf 24 Mio. abnehmen⁵. Diese Entwicklung wirft nicht nur eine Vielzahl politisch-praktischer Probleme auf, sondern es stellen sich auch fundamentale philosophisch-ethische Fragen. Meine erste, für manchen Geschmack wahrscheinlich allzu grundsätzliche Überlegung dazu ist die folgende.

(1) Jede menschliche Handlung hat Wirkungen, die sich — vom Akteur unkontrolliert — über lange Ketten von Handlungsfolgen zu unvorhersehbaren Ergebnissen fortpflanzen können. Ob das Handlungs-Endergebnis ethischen Kriterien genügt oder nicht — das im Voraus zu erkennen übersteigt das menschliche Vermögen bei weitem. Es ist so unmöglich zu prognostizieren, wie es ein Roulette mit Millionen von Kugeln wäre. Weil dies so ist, kann es sein, daß intentional gute Handlungen ethisch unakzeptable Endergebnisse haben, und umge-

⁴ Näheres hierzu in H. Birg: Demographische Wirkungen politischen Handelns. In: H.-U. Klose (Hrsg.): *Altern hat Zukunft*, Opladen 1993, S. 59ff.

⁵Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Statistische Bundesamt in seinen (bis 2040 reichenden) Berechnungen. Siehe: H. Birg u. E.-J. Flöthmann: Bevölkerungsjahresprojekt für das vereinte Deutschland bis zum Jahr 2100 unter besonderer Berücksichtigung von Wanderungen. In: Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Studienprogramm der Enquete-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre«*, Bd. 3, Teilband II, Bonn 1995, Tab. 12, S. 85.

kehrt können auch ethisch verdammungswürdige Handlungen Gutes zeitigen. Aus der Unmöglichkeit, das Ergebnis vorauszusehen, wird oft der Schluß gezogen, daß die Vorhersehbarkeit der ethischen Qualität des Ergebnisses einer Handlung mindestens so unmöglich ist wie das Ergebnis selbst, so daß ethisch-moralisches Handeln überhaupt ein zwar schönes, aber utopisches Ziel bleiben müsse. Die Konsequenz dieses Standpunktes ist meist kalter, wissenschaftlicher und philosophisch exzellent begründeter *Zynismus*. Aber ist der Zynismus wirklich eine unvermeidliche Konsequenz der Unvorhersehbarkeit von Handlungsfolgen?

Ich meine, daß diese Auffassung auf einem gedanklichen Kurzschluß beruht. Wir können zwar die Folgen unserer Handlungen nicht prognostizieren, aber wir können sehr wohl mit ausreichender Sicherheit voraussehen, welche Konsequenzen es hätte, wenn *alle* Menschen sich die Schlußfolgerung des Zynismus zu eigen machten und die Ausrichtung ihrer Handlungen an ethischen Prinzipien aufgäben: Die Konsequenzen wären Chaos und Katastrophen. Ins Positive gewendet lautet diese Überlegung: Wenn sich *alle* Menschen an ethischen Handlungsmaximen orientierten, wäre die ethische Qualität des Gesamtergebnisses ihrer Handlungen keineswegs unkalkulierbar, *obwohl* die Handlungsergebnisse auch dann unvorhersehbar bleiben würden, sondern ein solches Verhalten würde zu einem ethischen Maximen genügenden Gesamtergebnis führen, das keineswegs utopisch, sondern real wäre. Allerdings folgt daraus nicht, daß die Summe individueller, ethisch vorbildlicher Verhaltensweisen Ergebnisse zeitigen *muß*, die auch gleichzeitig den bevölkerungspolitischen Zielen entsprechen, d.h. weder zu einer dauernden Schrumpfung, noch zu einem dauernden Wachstum der Bevölkerung führen.

Auf der Einsicht, daß die Ablehnung ethischer Forderungen, die mit dem Argument der Unvorhersehbarkeit von Handlungsfolgen begründet wird, mit größter Wahrscheinlichkeit katastrophale Wirkungen hätte, beruht wohl die hohe Akzeptanz des Universalisierbarkeitspostulats der Ethik, das in allen entwickelten Kulturen als eine praktische Handlungsmaxime angewandt wird. Das Universalisierbarkeitsprinzip ist im deutschen Kulturraum besonders in der berühmten, von Immanuel Kant geprägten Formulierung bekannt: »Handle so, als ob die Maxime deiner Handlung durch deinen Willen zum allgemeinen Naturgesetz werden sollte.« Angewandt auf die hier gestellte Frage bedeutet dies: Wenn alle Menschen das gleiche generative Verhalten hätten wie die zeit lebens zu etwa einem Viertel kinderlos bleibenden Frauenjahrgänge seit 1960 in Deutschland, würde die Menschheit, wie eingangs gesagt, in etwa 120 Jahren aufhören zu existieren. Die Schlußfolgerung hieraus lautet, daß dieses generative Verhalten in seiner Verallgemeinerung ethischen Prinzipien nicht genügt, jedenfalls dann nicht, wenn es eine ethische Pflicht gibt, sich so zu verhalten, daß der Fortbestand der Menschheit nicht aufs Spiel gesetzt wird.

Nun ist dieser Fortbestand angesichts eines rasanten Weltbevölkerungswachstums natürlich nicht gefährdet, und insofern scheint diese Frage ohne jegliches Interesse. Aber es scheint nur so, denn die Frage, ob eine prinzipielle Pflicht dieser Art existiert oder nicht, ist unabhängig davon, ob sie zur Zeit relevant erscheint. Aus der Sicht von Hans Jonas ist die Existenz einer solchen Fortpflanzungspflicht unbestreitbar. Jonas schließt aus der Existenz einer Pflicht zur Fortexistenz der Menschheit sogar auf einen *kategorischen Imperativ*: »... der kategorische (Imperativ) gebietet einfach, daß es Menschen gebe ... Für mich, ich gestehe es, ist dieser Imperativ der einzige, auf den die Kantische Bestimmung des Kategorischen, das heißt Unbedingten, wirklich zutrifft. Da *sein* Prinzip nun aber nicht wie beim Kantischen die Selbsteinstimmigkeit der sich Gesetze des Handelns gebenden Vernunft ist, das ist, eine Idee des *Tuns*..., sondern die auf der Existenz ihres Inhaltes bestehende Idee von möglichen Tätern überhaupt, die insofern eine ontologische ist, das ist, eine Idee des *Seins* — so ergibt sich, daß das erste Prinzip einer »Zukünftigkeitsethik« nicht selber *in* der Ethik liegt als einer Lehre vom Tun..., sondern in der *Metaphysik* als einer Lehre vom Sein, wovon die Idee des Menschen ein Teil ist.«⁶

Hans Jonas überschreibt in einer »*Ethik für die technologische Zivilisation*« — so lautet der Untertitel seines Buches »Das Prinzip Verantwortung« — ein Kapitel mit der Überschrift: »*Von der Pflicht zum Dasein und Sosein einer Nachkommenschaft überhaupt*«. Er spricht dort von einer »*Pflicht zur Fortpflanzung*«. Friedrich Burgdörfer, ein führender Bevölkerungswissenschaftler zur Zeit des Nationalsozialismus, postulierte ebenfalls eine »*Fortpflanzungspflicht*« für alle gesunden Mitglieder des »*Volkskörpers*«. Steht Hans Jonas' demographischer Imperativ in der Nähe des Nationalsozialismus? Diese Frage ist natürlich eine rhetorische. Obwohl sie absurd

⁶ H. Jonas, a.a.O., S. 91/92

ist, empfiehlt es sich, sie entsprechend der Gepflogenheiten der politischen, pädagogischen und sonstigen Correctness zu stellen und zu verneinen. Ich habe mich hier dieser Korrektheit aber nicht aus Opportunismus angeschlossen, sondern weil dieses Beispiel die Gelegenheit bietet, zu zeigen, daß eine ethische Handlung wegen der Unvorhersehbarkeit ihres Endergebnisses nicht losgelöst von ihrer Absicht bzw. vom Willen ihres Urhebers beurteilt werden kann, eine Regel, die Immanuel Kant in dem Satz ausdrückte, daß es letztlich nichts gibt, das uneingeschränkt als ethisch gut bezeichnet werden kann — außer ein guter *Wille*. Die Absicht und der Wille, die hinter dem demographischen Imperativ von Hans Jonas stehen, sind wohl für jeden über alle Zweifel erhaben.

Um Hans Jonas Vorstellungen über eine kategorische Pflicht zur Fortpflanzung genau wiederzugeben, muß hinzugefügt werden, daß es sich hierbei nach Jonas um eine Pflicht *»nicht notwendig jedes Einzelnen«* handelt⁷. Wie ist diese Einschränkung zu interpretieren? Ist die Auffassung von Jonas, daß die *»kantische Bestimmung des Kategorischen, das heißt Unbedingten, wirklich zutrifft«*, so gemeint, daß sie ausnahmslos zutrifft — dann wäre dies möglicherweise ein Widerspruch zu der Aussage, daß sie *»nicht notwendig jeden Einzelnen«* betrifft. Hinzu kommt eine weitere Unklarheit: Der Begriff *»Fortpflanzungspflicht«* kann von Jonas nicht so verstanden worden sein, daß eine Weitergabe des biologischen Lebens der Pflicht zur Fortpflanzung genügt, sonst wäre z.B. die biologische Zeugung ohne die Übernahme elterlicher Verantwortung ausreichend — was Jonas sicherlich nicht sagen wollte. Daß die biologische Weitergabe des Lebens allein nicht genügt, läßt sich auch daraus schließen, daß sonst z.B. eine staatliche Bevölkerungspolitik als ethisch akzeptabel gelten würde, wenn der Staat die Geburt von Kindern mit hohen Geldzahlungen erkaufte oder mit drastischen steuerlichen Benachteiligungen mehr oder weniger erzwingt. Auch dieses Beispiel zeigt, daß das alles entscheidende Kriterium ein guter Wille ist, der bei diesem Beispiel offensichtlich nicht einfach vorausgesetzt werden kann, und zwar weder auf seiten des Staates noch auf der Seite der Individuen, die auf die staatlichen Anreize reagieren.

Mit diesen Überlegungen wollte ich zeigen, daß es mit der bloßen Feststellung einer *»Fortpflanzungspflicht«* nicht getan ist, weil die Beschreibung der Ausnahmen, die zugelassen sind, viel Nachdenken erfordert — eine Arbeit, die zum großen Teil erst noch zu leisten ist. Zu ihr gehört sowohl eine umfangreiche philosophische Reflexion über die kulturellen und materiellen Bedingungen des generativen Verhaltens, als auch eine demographisch-empirische Erforschung der Wirkungen von Interventionsmaßnahmen, mit denen der Staat die allerpersönlichsten biographischen Verhaltensweisen zu steuern versucht. Wie schwierig und umfangreich entsprechende Forschungsarbeiten sind, ergibt sich schon daraus, daß das generative Verhalten in die Gesamtheit der biographisch relevanten Verhaltensweisen eingebettet ist, z.B. in das Ausbildungs- und Bildungsverhalten, in das Erwerbsverhalten, das Migrationsverhalten und in das partnerbezogene Verhalten bezüglich der Frage der langfristigen Bindung an einen Lebenspartner — der entscheidenden Voraussetzung für den Entschluß zu langfristigen Festlegungen in der elterlichen Biographie durch Kinder.

(2) Der zweite Grund, der mich veranlaßt, in der demographischen Entwicklung derjenigen Industrieländer ein ethisches Problem zu sehen, deren demographische Basis auf Grund ihrer extrem niedrigen Geburtenhäufigkeit und der dadurch in Gang gesetzten Eigendynamik der Schrumpfung unaufhörlich schmaler wird, möchte ich in einem einzigen Satz zusammenfassen, und zwar in der Hoffnung, daß dieser Satz so unmißverständlich ist, daß niemand behaupten kann, ich würde die Bestandserhaltung der Bevölkerung in Deutschland als ultima ratio der Politik propagieren. Meine Meinung ist eine andere: Die Primärerfahrung der existentiellen Solidarität zwischen den Eltern und ihren Kindern als Basis für das Entstehen ethischer Empfindungen und als Voraussetzung zur Erlangung und Übung einer Urteilskraft in ethischen Fragen, und zwar nicht nur in persönlichen Angelegenheiten, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene, nicht machen zu können, wenn lebenslange Kinderlosigkeit zu einem gesellschaftlichen Massenphänomen wird — das ist das entscheidende ethische Problem einer Gesellschaft mit dauernden Geburtendefiziten bzw. mit einem hohen Anteil lebenslang kinderlos bleibender Frauen und Männer, nicht nur die sich aus dem Geburtendefizit zwangsläufig ergebenden gesellschaftlichen Folgeprobleme wie demographische Alterung und dadurch bedingte Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme, starke Einwanderungen aus dem Ausland und Zerfall der Gesellschaft in Bevölkerungsgruppen mit nachlassender Bereitschaft zu gegenseitiger Solidarität.

⁷ a.a.O., S. 86.

Die Schwächung der Wirtschaftskraft mit ihren vielfältigen Nachteilen vor allem für die Bevölkerung in den unteren Einkommensschichten wird mit demographischen Faktoren selten in eine ursächliche Verbindung gebracht. Aber die Basis der Bevölkerungspyramide ist nun einmal die Grundlage für die Tragfähigkeit des gesamten gesellschaftlichen und ökonomischen Überbaus. Zu diesem Überbau gehört auch der Begriff Nation als der kulturellen Klammer der ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Wenn zum »Überwinden« des Nationalen aufgerufen wird, dann sollte man sich fragen, ob damit in Deutschland nicht zuweilen des Guten zuviel getan wird. Unter den immer noch vergleichsweise guten wirtschaftlichen Bedingungen, wie wir sie gewohnt sind, scheint das Nationale zwar oft nur mehr als eine überflüssige Reminiszenz der Geschichte. Aber unter dem Druck starker Belastungen, die nur unter großen solidarischen Opfern zu verkraften sind, ist das Füreinander-Einstehen in der mit dem Begriff »Nation« bezeichneten Solidargemeinschaft bis auf weiteres immer noch die verlässlichste Rückversicherung für schlechte Zeiten.

Wenn z.B. 1989 schon der moderne Verfassungspatriotismus und nicht der unmodern gewordene Landespatritismus zum Zuge gekommen wäre, hätte es wahrscheinlich keine Wiedervereinigung und dann auch keine Transferzahlungen an die neuen Bundesländer in dieser gigantischen Größenordnung gegeben. So gesehen ist es ein Glück, daß der nationale Landespatritismus damals noch nicht ganz überwunden war, denn wenn es in der deutschen Frage erst im 21. Jahrhundert zur Entscheidung gekommen wäre, welchen Grund hätte die dann wahrscheinlich schon nahezu mehrheitlich aus zugewanderten Menschen bestehende Bevölkerung noch haben können, Transferzahlungen von West nach Ost in der geschichtlich einmaligen Höhe von jährlich etwa 150 Mrd. DM auf sich zu nehmen? Zum Vergleich: 150 Mrd. DM entsprechen etwa der Hälfte des gesamten Bruttoinlandsprodukts Österreichs. Oder: 150 Mrd. DM übertreffen das Bruttoinlandsprodukt Irlands um das Anderthalbfache.

Die Einübung dieser Solidarität beginnt stets in der Familie. Eine Gesellschaft, bei der diese demographischen Solidaritätsbedingungen brüchig werden, bringt nicht nur sich, sondern auch die mit ihr zusammenlebenden Nachbarländer in Gefahr, die ja als Nachbarn ein gewisses Recht auf Solidaritätsleistungen haben. Unsere europäischen Nachbarn werden nicht zögern, diese Leistungen auch in Zukunft einzufordern. Wie sollen aber die Erwartungen der Menschen in anderen Ländern befriedigt werden, wenn die Transferleistungen für die bereits hier lebenden arbeitslosen Zugewanderten und für die noch kommenden nicht mehr ausreichen?

Beim Thema Zuwanderung bzw. Einwanderung sind Mißverständnisse besonders häufig. Deshalb füge ich hinzu: Nicht die Zuwanderung als solche ist das Problem, auch nicht die im nächsten Jahrhundert wahrscheinliche Minderheitsposition der Deutschen nach der gegenwärtigen juristischen Staatsbürgerschaftsdefinition, sondern die mit der Zuwanderung verbundenen kulturellen und gesellschaftlichen Probleme. *Theoretisch* könnte zwar Deutschland durch die Zuwanderung von Ausländern deutscher bleiben als ohne die Zuwanderung, weil *theoretisch* und in einer kleinen (wenn auch wichtigen) Zahl von Fällen Ausländer z.B. die deutsche Sprache besser beherrschen und die positiven Merkmale der deutschen Kultur klarer sehen und höher schätzen als die Deutschen selbst, so daß sie *theoretisch* bereit sein könnten, die deutsche Kultur stellvertretend für die Deutschen, die das nicht mehr wollen oder können, fortzuführen, aber so lange diese *theoretische* Möglichkeit nicht auch die wahrscheinlichste Variante der Entwicklung ist, sondern eben die unwahrscheinlichste, so lange ist zu erwarten, daß durch die starke Zuwanderung die kulturellen und gesellschaftlichen Probleme unseres Landes verstärkt und nicht gemildert werden.

Der Multikulturalismus wirkt in aller Regel problemverstärkend und nicht problemlösend, auch wenn diese Regel wie alle Regeln positive Ausnahmen zuläßt. Auf diese positive Ausnahme zu hoffen, ist erlaubt, ja sogar wegen der Unabänderlichkeit demographischer Trends sogar eine Pflicht, aber Vorsorge für den Fall zu treffen, daß sich die Hoffnung nicht erfüllt, ist nicht nur die Pflicht, sondern eine strikte Notwendigkeit. Jedenfalls wäre es ein Widerspruch in sich, die Erhaltung einer Kultur von den Zugezogenen zu erwarten, wenn die aufnehmende Gesellschaft selbst nicht dazu bereit oder imstande ist. Denn Kultur bedeutet, freiwillig Verpflichtungen gegenüber anderen Menschen einzugehen, insbesondere gegenüber dem Vermächtnis der Toten, die keine Macht mehr haben, die Einlösung von Verpflichtungen anzumahnen. Sich den positiven Werten der Geschichte verpflichtet zu fühlen, bedeutet nicht zuletzt, eine Verpflichtung gegenüber dem positiven Vermächtnis der Toten in der *eigenen* Geschichte zu empfinden. Menschen aus anderen Ländern, die unsere Geschichte nicht als die ihre anerkennen, ja nicht einmal kennen, können und werden diese Pflichten schon wegen dieser Kenntnislücken nicht stellvertretend für uns auf sich nehmen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß von den Repräsentanten unseres Staates immer wieder von einer Verpflichtung gesprochen wird, unsere nationalstaatliche Identität zu »überwinden«. Die deutsche

nationale Kultur soll also weder von uns noch von den Zugewanderten fortgeführt werden. Nun gehört zum Besten in einer Kultur, auch zu der nationalen Kultur der Deutschen, dasjenige, was dazu befähigt, über diese Kultur hinaus zu den allgemeinen, allen Kulturen gemeinsamen Idealen der Menschlichkeit zu gelangen. Gerade weil dies so ist, kann es nicht darum gehen, dieses Beste zu »überwinden«, wie es in erbaulich gemeinten Festreden z.B. unseres Bundespräsidenten immer wieder heißt. Denn wenn man seinen Vater, seine Mutter liebt, deren Mitgift an Menschlichkeit man die Kraft, die Schwierigkeiten dieses Lebens zu meistern, verdankt, wird man nicht auf die Idee verfallen, den geliebten Vater oder die geliebte Mutter zu »überwinden«, sondern man wird ihr menschliches Vermächtnis hüten und pflegen. Dies bedeutet: Da uns glücklicherweise die deutsche Kultur die Voraussetzungen dafür bietet, von ihr aus zu einer allgemeinen, der Menschlichkeit verpflichteten Kultur zu gelangen, wäre es *eben deshalb unangebracht*, sie als etwas Überholtes oder Gestriges »überwinden« zu wollen, zumal diese Praxis automatisch und ungewollt darauf hinausliefe, die nationalsozialistische Periode unserer Geschichte, die das ständige Reden vom »Überwinden« im Visier hat, auf Kosten des kulturellen Vermächtnisses der vorausgegangenen Jahrhunderte zu verabsolutieren. Wir haben eine Verantwortung gegenüber den von Deutschen umgebrachten Juden und anderen Volksgruppen, wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber den von Deutschen umgebrachten Deutschen; das Reduzieren der nationalen Kultur der Deutschen auf die Ereignisse in der Nazizeit sollte sich also schon aus logischen Gründen verbieten.

(3) Mein dritter und letzter Punkt zum Thema Industrieländer hängt eng mit dem soeben Gesagten zusammen, ich möchte ihn mit dem Begriff »*Integrationsparadoxon*« umschreiben. Die Einwanderer in die Industrieländer, vor allem aber die Einwanderer nach Deutschland, werden sich früher oder später die Frage stellen: Warum die Mühen der identitätsmäßigen Integration in eine fremde Gesellschaft und Kultur, z.B. die Mühen des Spracherwerbs, auf sich nehmen, wenn die aufnehmende Gesellschaft selbst bestrebt ist, ihre nationale Identität hinter sich zu lassen, um in einer neuen, übernationalen Identität mit supranationalen Mentalitäten, Organisationen und Institutionen aufzugehen? Unter solchen Zuwanderungsbedingungen ist eine Rückintegration der Zugezogenen in die Herkunftsidentität nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, und zwar auch bei den schon hier Geborenen der zweiten oder der dritten Zuwanderungsgeneration, jedenfalls ist sie wahrscheinlicher als die Preisgabe der noch vorhandenen Reste der Herkunftsidentität an eine als ohnehin nicht mehr zukunftsfähig betrachtete neue Identität.

Wenn gefordert wird, das Nationale zu »überwinden«, so scheint damit auch die unausgesprochene Hoffnung verbunden zu sein, daß sich das Integrationsproblem — wenn man ihm nur Zeit läßt und genügend Geduld aufbringt — wie eine Raupe einspinnt und im Stillen zu einer Puppe wird, aus der später der bunte Schmetterling der Multikultur hervorschlüpft, so daß alle Integrationsprobleme wie böse Träume einer rückständigen, versunkenen Welt von selbst verschwinden. Das »kommunikative Beschweigen« dieser Probleme auf den Parteitag und bei anderen gegebenen Anlässen könnte aber dazu führen, daß aus der Puppe kein bunter Schmetterling, sondern wieder einmal der häßliche Drache des Nationalismus hervorkriecht, denn die Strategie des Stillhaltens und der Ruhe, die das Heilen leiblicher Wunden fördert, läßt sich nicht einfach in der Form der Stummheit und des Beschweigens auf das Seelische übertragen. Hier hat das Schweigen nicht nur keine heilende Wirkung, es läßt sogar Wunden erst entstehen.

Mir ist bewußt, daß ich bei diesem Punkt Gefahr laufe, mein eingangs formuliertes Prinzip zu verletzen, nämlich keine negativen Prognosen zu stellen bezüglich des ethisch relevanten Verhaltens der Deutschen bei der Lösung ihrer Integrationsprobleme. Ich füge deshalb hinzu, daß ich diese Äußerungen als Warnungen verstanden wissen will, nicht als Prognosen. Aber auch das Warnen birgt eine Gefahr: Denn wenn die Frage gestellt wird, wie »wir« »uns« einmal verhalten werden, dann hat das Wörtchen »wir« eigentlich schon keinen festen Sinn mehr, denn es sind Fragen, die »uns« im heutigen Sinn des Wortes eigentlich nicht mehr in erster Linie betreffen werden, weil »wir« und unsere Kinder nicht diejenigen sind, die in Zukunft zuwandern und das Wörtchen »wir« mit ihrem eigenen Inhalt füllen werden, so daß es sich dann auch nicht mehr um »unser« Integrationsproblem handeln wird und nicht mehr »wir« ausländerfreundlich oder -feindlich sein werden, sondern andere. Wenn Roman Herzog bei seinem Staatsbesuch in Frankreich im Oktober 1996 dazu aufforderte, sich nicht nur mit den Folgen, sondern verstärkt auch mit den Anfängen des Nationalsozialismus und des Judenhasses auseinanderzusetzen, die schon aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus datieren, so denke ich unwillkürlich daran, daß vielleicht eben jetzt die Anfänge einer möglichen, diesmal demographisch bedingten Katastrophe zu studieren sind, die sich im nächsten Jahrhundert ereignen könnte, wenn das falsche öffentliche Bewußtsein bezüglich der demographischen Probleme fortbesteht. Solange sogar die höchsten Repräsentanten unseres Staates behaupten, »Deutschland ist kein Einwanderungsland«, erscheint es mir leichtfertig, diesbezügliche Sorgen einfach in den Wind zu schlagen.

Am Schluß dieser Betrachtungen für die Industrieländer möchte ich auf eine generelle philosophisch-ethische Frage zurückkommen, die zugleich von eminenter praktischer Bedeutung ist: Gesetzt den Fall, daß sich alle Individuen in ihrem ethisch relevanten Verhalten in vorbildlicher Weise an dem von Hans Jonas formulierten kategorischen Imperativ ausrichten — ist es dann vorstellbar, daß die Kinderzahl je Frau z.B. in Deutschland trotzdem das für die langfristige Bestandserhaltung (ohne Wanderungen) erforderliche Niveau von 2,1 Kindern je Frau gravierend unterschreitet? Oder kurz: Bietet die Ethik eine Garantie für das demographische Gleichgewicht?

Nach allem, was wir aus der Theorie des generativen Verhaltens wissen, gibt es keine Garantie dieser Art. Deshalb darf aus einer niedrigen Geburtenrate nicht auf ein ethisches Versagen der Bevölkerung geschlossen werden — ein leider häufiger Kurzschluß. Warum ethisch vorbildliches Verhalten als Summe millionenfacher individueller Einzelentscheidungen zu einer Verfehlung des von Hans Jonas formulierten Ziels führen kann, liegt an den Besonderheiten der biographischen Entscheidungslogik in entwickelten Gesellschaften. Wenn die Individuen, indem sie sich in einem bestimmten Zeitpunkt A bei einer biographischen Entscheidung z.B. für eine bestimmte Ausbildung oder einen bestimmten Schritt in der Erwerbsbiographie festlegen, gleichzeitig die für eine familiäre Entscheidung wesentlichen Entscheidungsbedingungen in einem späteren Zeitpunkt B vorentscheiden, und zwar ohne sich dessen schon im Zeitpunkt A bewußt zu sein, dann treffen sie häufig damit indirekt bereits eine Wahl zu Lasten ihrer Familienbiographie. Ich habe diesen Sachverhalt als Dominanz der Erwerbsbiographie über die Familienbiographie bezeichnet. Diese Dominanz ist nicht das Ergebnis einer bewußten Willensentscheidung, sondern ergibt sich ungewollt aus den Spezifika der biographischen Entscheidungslogik in modernen Gesellschaften: *Wir wählen zwar stets zwischen Alternativen, aber wir können die Alternativen nicht wählen, zwischen denen wir eine Auswahl treffen, weil die Alternativen in einer bestimmten Entscheidungssituation sich aus den kumulativen Entscheidungen vergangener Wahlakte ergeben.* Weil dies so ist, kann die Summe aus ethisch vorbildlichen Einzelentscheidungen zu einem makrodemographischen Ungleichgewicht führen, wie es in den meisten Industrieländern zu beobachten ist. Dies zu konstatieren, bedeutet natürlich nicht, die Bevölkerung der Industrieländer ethisch abzuqualifizieren. Mir liegt daran, dieses Mißverständnis zu vermeiden. Es bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als daß Demographie und Ethik auf eine unlösbare Weise miteinander verbunden sind, ohne daß aus dieser Unauflöslichkeit gefolgert werden kann, daß vorbildliches ethisches Verhalten automatisch eine dauernde Bevölkerungsschrumpfung (ohne Einwanderungen) bzw. ein dauerndes Bevölkerungswachstum zuverlässig verhindert.

III.

Ich wende mich nun den Entwicklungsländern zu, um erneut zu fragen, ob die These von Hans Jonas berechtigt ist, daß der uns von der Natur eingepflanzte Trieb des völlig selbstlosen Verhaltens unserem Nachwuchs gegenüber als Archetyp des »verantwortlichen Handelns« so mächtig ist, daß sich die Menschen in allen Weltreligionen und -kulturen an dem von Jonas formulierten kategorischen Imperativ orientieren: »Handle so, daß die Persistens menschlichen Lebens möglich ist auf dieser Erde«?

Diese Frage schließt zwei Teilfragen ein. Erstens: Entspricht das Handeln der *Individuen* in den Entwicklungsländern dieser Forderung? Zweitens: Entspricht das Handeln der *Regierungen*, wie es in den nationalen und internationalen Politikfeldern zum Ausdruck kommt, die direkt oder indirekt eine Beeinflussung der Bevölkerungsprozesse in den Entwicklungsländern zum Ziel haben, diesem Imperativ? In dem hier behandelten Thema stecken also zwei Themen, die es verdient hätten, ausführlicher behandelt zu werden, als dies in diesem kurzen Beitrag möglich ist.

Die zweite Frage ist einfacher zu beantworten als die erste. Nach den schlimmen inhumanen Praktiken der Familienplanungspolitik — ich erinnere an das Beispiel Indien mit seinen brutalen Sterilisationsmaßnahmen in den 70er Jahren — herrscht heute in der westlichen Welt und auf der Ebene der offiziellen internationalen Politik Konsens, daß die Bevölkerungspolitik bei der Durchführung ihrer Maßnahmen die ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten des jeweiligen Landes sorgfältig beachten, seine kulturellen Wertsysteme respektieren und die religiösen Glaubensinhalte und Persönlichkeitswerte der Menschen nicht verletzen darf. Dieser Konsens ist einhellig, relativ zuverlässig und belastbar. Als Beispiel für eine geradezu vorbildliche Kodifizierung der Maßstäbe einer humanen Zielen verpflichteten Bevölkerungs- und Familienplanungspolitik seien hier die »Grundsätze für die Planung und Durchführung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Bevölkerungspolitik und Familienplanung« des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung genannt.

Der Katalog dieser Grundsätze umfaßt 26 Seiten. Er beginnt beim Prinzip der Freiwilligkeit der Betroffenen in den Zielländern der Politik und reicht bis zur Forderung nach einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und Bewußtseinsbildung über Bevölkerungsfragen im Herkunftsland der bevölkerungspolitischen Hilfsangebote. Ich möchte den auf der Ebene der offiziellen diplomatischen Dokumente erreichten Konsens nicht geringerschätzen, denn selbst wenn es sich hierbei zum großen Teil nur um politische Rhetorik handeln würde, wäre der damit erreichte, zumindest verbale und hoffentlich auch bewußtseinsmäßige Fortschritt gegenüber einem bis dahin unreflektierten, stummen Bevölkerungsaktionismus, der ohne Rücksicht auf die kulturellen Wertsysteme der Menschen durchgesetzt wird, schon ein Schritt nach vorn.

Aber es gibt Konflikte, die der verbale Konsens verdeckt. Die Beispiele beginnen schon beim zentralen Grundsatz der Freiwilligkeit der Maßnahmen der Familienplanung. Wenn als Gegenleistung für eine Sterilisation eine Geldzahlung von hundert Dollar oder mehr geboten wird — ein solcher Betrag kann bei armen Menschen fast einem Jahreseinkommen entsprechen —, dann hat die Annahme dieses Angebots durch einen Menschen, der von der Hand in den Mund lebt, eher etwas mit dem Erkaufen einer Zustimmung als mit einer wirklich freien Entscheidung zu tun, zumal ein Leben ohne Kinder in einem armen Entwicklungsland auf eine lebenslange existentielle Gefährdung hinausläuft, die kein Mensch freiwillig auf sich nimmt.

Ein Konflikt statt eines Konsenses in Fragen der Bevölkerungspolitik entsteht auch auf Grund der Tatsache, daß sich politische Ziele gegenseitig ausschließen und daher höchst fragwürdig sein können, auch wenn sie jeweils für sich betrachtet sehr erstrebenswert sind. Das auf den Weltbevölkerungskonferenzen der Vereinten Nationen proklamierte Ziel des »*demographischen Selbstbestimmungsrechts*« der Individuen und der Regierungen würde z.B. mit dem Ziel einer Dämpfung des Bevölkerungswachstums im Widerspruch stehen, wenn diese Selbstbestimmung zur Folge hätte, daß die Wachstumsrate der Bevölkerung nicht abnimmt, oder technisch gesprochen, wenn die Folge wäre, daß auf Dauer im Durchschnitt einer Bevölkerung pro Frau mehr als zwei Kinder geboren werden, die sich selbst fortpflanzen (ohne Ein- und Auswanderungen). In den Entwicklungsländern als größter Ländergruppe werden heute pro Frau im Durchschnitt 3,5 Kinder geboren. Würde diese Tatsache als Ausdruck des millionenfach praktizierten demographischen Selbstbestimmungsrechts der Individuen und deren Regierungen interpretiert, müßte daraus der Schluß gezogen werden, daß das Ziel der demographischen Selbstbestimmung in diesen Ländern dem Ziel der Dämpfung des Bevölkerungswachstums und damit dem kategorischen Imperativ der Persistenz menschlichen Lebens auf dieser Erde widerspricht. Blicke nämlich die Wachstumsrate der Bevölkerung der Entwicklungsländer konstant — sie beträgt z.Zt. (1996) 1,8% pro Jahr —, würde deren Bevölkerung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts von z.Zt. 4,6 Mrd. auf 30 Mrd. zunehmen.

Wie steht es mit dem zweiten Teil der Frage bezüglich des Verhaltens der *Individuen* in den unterschiedlichen Weltreligionen und -kulturen der Entwicklungsländer? Jede Religion begründet eine Beziehung zwischen dem Menschen als Individuum und der ihm überlegenen, ihn existentiell beherrschenden Macht — sei diese Macht nun als Gott oder als höheres Wesen benannt oder mit dem Begriff Natur, Chaos oder dem Wort »Nichts« bezeichnet, an das Atheisten mitunter noch viel inbrünstiger glauben als z.B. die Christen an Christus. Wegen dieser für alle Menschen gleichen Grunderfahrung der existentiellen Abhängigkeit von einer nur durch den Glauben erreichbaren, überlegenen Macht könnte man sagen, daß alle Menschen religiöse Wesen sind und daß es so viele Religionen gibt, wie es religiöse bzw. überhaupt Menschen gibt, weil die Erfahrung der Nichtigkeit der Existenz des Einzelnen eine unvermittelte, also persönliche und auch für Atheisten ganz und gar unvermeidliche ist.

Zwar lassen sich die religiösen Vorstellungen der Individuen zu Gruppen von Religionen und religiös-kulturellen Gemeinschaften zusammenfassen, aber in bezug auf das hier behandelte Thema — die Bedeutung von Religion, Kultur und Ethik für die bevölkerungsbezogene Politik —, ist die Zusammenfassung zu Gruppen und Gemeinschaften nicht zweckmäßig, denn die meisten Religionen und religiösen Grundeinstellungen haben eine überkonfessionelle Gemeinsamkeit, die in der Tatsache besteht, daß sie sich mit den makrodemographischen Konsequenzen ihrer individuellen Handlungsempfehlungen wenig bzw. gar nicht auseinandersetzen. Ein banaler Grund hierfür ist, daß diese Religionen schon lange existierten, bevor es so etwas wie Wissenschaft, Bevölkerungswissenschaft und globale Bevölkerungsprobleme gab. Aber neben diesem banalen Grund gibt es einen weiteren, wichtigen Punkt, nämlich die symbolische Überhöhung der menschlichen Fortpflanzung mit religiösen Bedeutungsgehalten, aus der sich eine Art ständiger, unintendierter *Bedeutungsüberschuß* demographischer Fakten auch im Weltlichen ergibt, so daß demographische Statistiken immer wesentlich mehr beinhalten als bloße Informationen über statistisch-demographische Tatbestände. Die

Überhöhung der demographischen Grundphänomene der Fertilität und Mortalität mit religiös-symbolischen Bedeutungen kommt z.B. in dem Satz Platons zum Ausdruck, daß die Menschen durch ihre Fortpflanzung »an der Unsterblichkeit teilhaben«, oder in dem Satz des deutschen Bevölkerungswissenschaftlers aus der Zeit der klassischen Bevölkerungstheorie im 18. Jahrhundert, Johann Peter Süßmilch, daß die Menschen durch die Fortpflanzung »eine Art Schöpfung betreiben«. Es kann daher nicht wunder nehmen, wenn religiöse Menschen, insbesondere wenn sie sich Sekten anschließen, bewußt und freiwillig auf den Gebrauch von Verstand, Vernunft und Urteilskraft verzichten und diese Fähigkeiten als etwas vermeintlich Unbedeutendes, Menschlich-Allzumenschliches gering achten und willentlich ausschalten, um für höhere Erfahrungen offen zu sein. Sie werden dann nicht ohne weiteres dazu bereit sein, zugunsten von vernunftgestützten ethischen Handlungsmaximen, wie es der kategorische Imperativ von Kant und Jonas sind, z.B. auf Fortpflanzung als Teil ihrer religiösen und kulturellen Praxis zu verzichten.

Es wurde oft darauf hingewiesen, daß es in keiner der großen Weltreligionen — das Christentum ausgenommen — ein direktes Fortpflanzungsgebot gibt. Ob es dieses Fortpflanzungsgebot im Christentum wirklich gibt, soll hier nicht erörtert werden, weil diese theologische Frage hier nicht von Bedeutung ist. Wichtig ist im vorliegenden Zusammenhang, daß alle großen Religionen dieser Welt eine die Geburtenhäufigkeit begünstigende Wirkung haben — mit Ausnahme des ursprünglichen Buddhismus, der von seinem Urheber nicht als eine Religion, sondern als eine gegen die Religion gerichtete Weisheitslehre geschaffen wurde, die aber in ihrer reinen, ursprünglichen Form nur noch von kleinen Minderheiten praktiziert wird.

Die pronatalistische Wirkung der Religionen beruht auf zwei Faktoren, durch die die Bereiche des Religiösen und des Nichtreligiösen so eng miteinander verwoben sind, daß der Übergang von den mit dem Begriff »Religion« zusammengefaßten metaphysischen Glaubensvorstellungen zu den sozialen Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Institutionen fließend ist. Der erste Faktor ist die Präferenz für Söhne, der zweite die krasse und empörende Benachteiligung der Frauen in den meisten Religionen und Kulturen der Entwicklungsländer. Die Sohnespräferenz beruht darauf, daß die Ahnenverehrung als Grundlage der Religionsausübung in den meisten Kulturen und Religionen den Söhnen vorbehalten ist. In dem Maße, wie z.B. die Ahnenverehrung in der römischen Antike durch die Verbreitung des Christentums an Bedeutung verlor, nahm die Sohnespräferenz ab. Historiker sehen darin einen Faktor — neben anderen — für den Geburtenrückgang im römischen Kaiserreich.

Der zweite Faktor ist die krasse Benachteiligung der Frauen in islamischen, hinduistischen, konfuzianischen und anderen Kulturen, die bis zum Entzug elementarer Menschenrechte geht. Dies hat in Verbindung mit dem ersten Faktor zur Folge, daß diesen Frauen nur ein Mittel bleibt, um ihre Stellung aufzuwerten, nämlich ihrem Mann möglichst viele Kinder, und darunter möglichst viele Söhne, zu gebären.

Hinter dem nur mühsam unterdrückten Konflikt auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (1994), der sich an der Frage entzündete, ob das demographische Selbstbestimmungsrecht ein Recht sei, das allen »Individuen« zusteht oder allen »Paaren«, verbirgt sich das Ziel vieler islamischer und südamerikanischer Länder, eine Verbesserung der Stellung der Frau zu verhindern. Denn stünde das demographische Selbstbestimmungsrecht den »Individuen« zu, so wäre es auch ein Recht, das Frauen beanspruchen könnten, während es als ein Recht der »Paare« in den von Männern beherrschten Familien und Gesellschaften faktisch ein Männerrecht bliebe. Bei der Verabschiedung des Aktionsprogrammes der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz gaben mehrere Länder ihre diesbezüglichen Vorbehalte zu Protokoll. Einwände zu dem Begriff »individuell« im Zusammenhang mit der Frage der ehelichen bzw. partnerschaftlichen Beziehungen und Rechte zwischen Männern und Frauen und zu dem Recht auf »reproduktive Gesundheit« der Frauen gab es z.B. von den Ländern Afghanistan, El Salvador, Honduras, Jordanien, Kuwait, Nicaragua, Paraguay, Philippinen, Syrien, Jemen u.a.

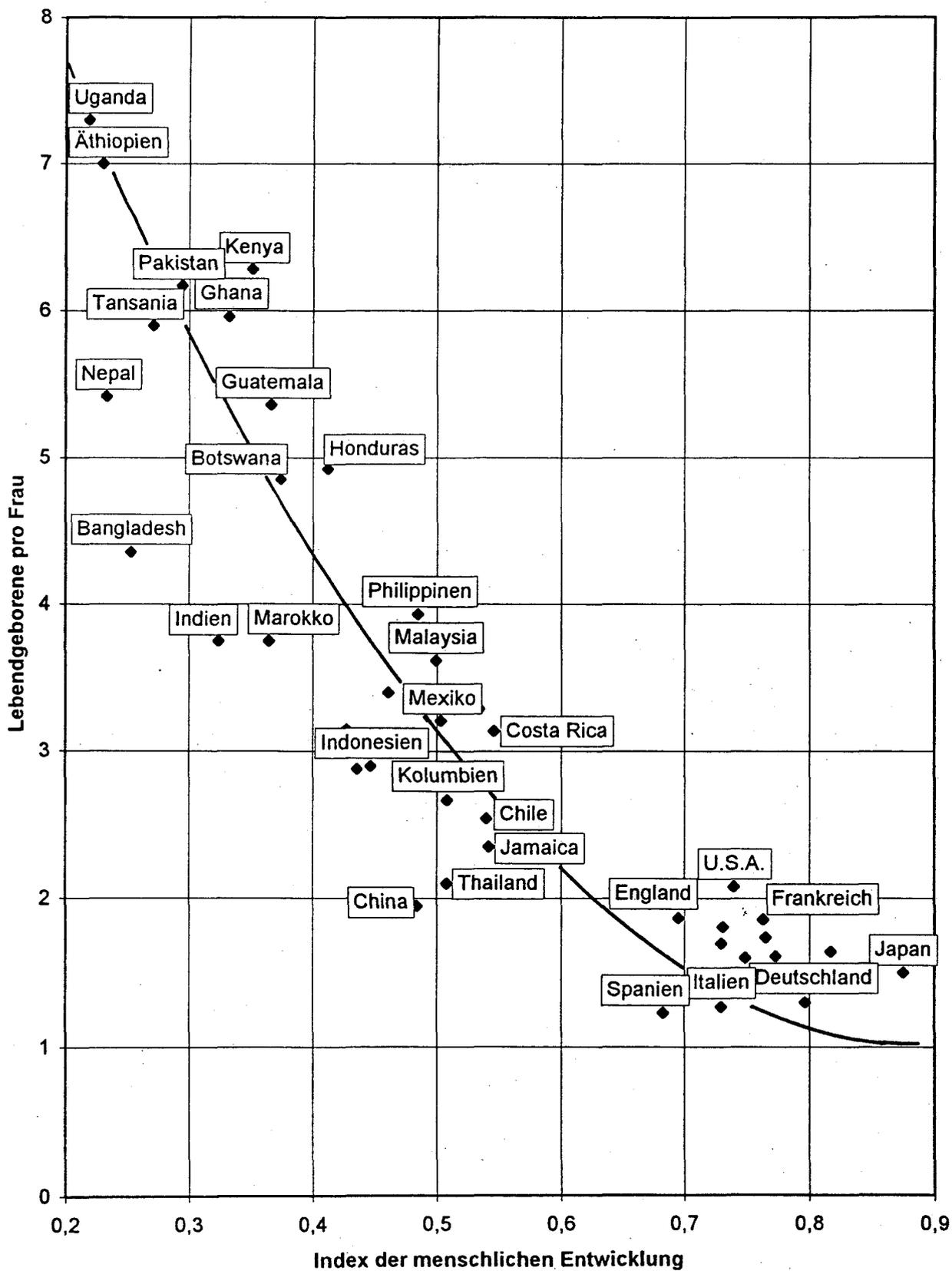
In diesem Zusammenhang stellt sich zwangsläufig die Frage nach der universellen Gültigkeit der Menschenrechte. Meine Auffassung dazu läßt sich kurz in einem Satz ausdrücken: Landes- bzw. kulturspezifische Menschenrechte zu propagieren, weil bestimmte Länder die universellen Kriterien der Menschenrechte nicht erfüllen können oder wollen, ist ebenso unsinnig, wie nach einem anderen Polarstern zu suchen, nur weil der politische Kompaß eines Landes gerade defekt ist und eine falsche Richtung anzeigt.

IV.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus diesen Überlegungen ziehen? Etwas pointiert könnte man folgendes resümieren:

Schaubild 2

Geburtenhäufigkeit und "Index der menschlichen Entwicklung"



Erstens: In den wichtigen Religionen, Kulturen und Ethik-Systemen dieser Welt gibt es bis heute keine breite, gründliche Auseinandersetzung über die Frage, welche makrodemographischen Auswirkungen die jeweiligen ethischen Handlungsempfehlungen direkt oder indirekt zur Folge hätten, wenn sie befolgt würden. Tatsache ist, daß die Geburtenrate in den Industrieländern — bliebe das generative Verhalten der Menschen unverändert —, zu einer fortgesetzten und in einigen Ländern wie Deutschland dramatischen Bevölkerungsschrumpfung führen würde (ohne Einwanderungen). Dagegen würde sich das Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer bei einem unveränderten generativen Verhalten dramatisch fortsetzen. Bei einer jährlichen Wachstumsrate von z.Zt. 1,8% wäre ein solches Wachstum gleichbedeutend mit einer Verdoppelung in jeweils 39 Jahren, also mit einer Vervierfachung in 78 Jahren, bzw. einer Verachtfachung in 117 Jahren.

Zweitens: Die Geburtenrate, gemessen durch die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau, ist in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern ständig gesunken: In den Industrieländern nahmen sie von 1950-55 bis 1990-95 von 2,8 Lebendgeborenen je Frau auf 1,7 ab, in den Entwicklungsländern von 6,1 auf 3,5 und im Weltmaßstab von 5,0 auf 3,1.

Drittens: Je höher das Lebensniveau eines Landes ist — gemessen z.B. an dem von den Vereinten Nationen verwendeten »*Index der menschlichen Entwicklung*« — desto niedriger ist die Geburtenrate (**Schaubild 2**)⁸.

Viertens: Wegen des (in Schaubild 2 dargestellten) gegenläufigen Zusammenhangs zwischen dem Entwicklungsniveau einerseits und dem Niveau der Geburtenrate und der Geschwindigkeit ihres Rückgangs andererseits ist es wahrscheinlich, daß die Geburtenrate sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern in Zukunft weiter sinkt.

Fünftens: Die gegenläufige Bewegung zwischen dem nach oben gerichteten Trend des allgemeinen Entwicklungsniveaus und dem Abnahmetrend der Geburtenraten auch in den Entwicklungsländern ist nicht etwa einer gründlichen Auseinandersetzung über die makrodemographischen Konsequenzen des ethisch relevanten Verhaltens in der Bevölkerung in den verschiedenen Religionen und Kulturen zu verdanken, sondern diese Entwicklung ist trotz des Ignorierens bzw. des »kommunikativen Beschweigens« dieser Konsequenzen eingetreten.

Daraus ergibt sich, daß die kulturelle und die demographisch-ökonomische Entwicklung sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern zwei Prozesse sind, die sich wechselseitig beeinflussen, ohne daß sich daraus eine eingebaute Tendenz zu einer demographischen Stabilität ergibt. Diese Stabilität ist jedoch langfristig unabdingbar. Ihre Verwirklichung setzt voraus, daß erkannt wird, daß Ökonomie, Demographie, Religion, Ethik und Kultur eine Einheit bilden, und zwar in jedem Land, nicht im globalen Durchschnitt. Die buchhalterische Verrechnung von demographischen Defiziten in der einen Ländergruppe mit demographischen Überschüssen in der anderen ist kein Ersatz für diese Einheit.

Fazit

Für die Entwicklungsländer gilt: Nicht *weil* Religion und Kultur einen positiven Einfluß auf die Verminderung der auf lange Sicht zu hohen durchschnittlichen Fertilität haben, sinkt die Fertilität, sondern sie sinkt, *obwohl* Religion und Kultur diesen positiven Einfluß nicht ausüben, weil die religiösen Autoritäten in den meisten Ländern das Thema Bevölkerungsentwicklung nicht zu ihrer bzw. zur Sache ihrer Mitglieder machen, sondern seine Erörterung einer kleinen Minderheit überlassen.

Für die Industrieländer gilt in spiegelbildlicher Entsprechung: *Obwohl* Kultur, Ethik und Religion einen positiven Einfluß auf die Erhöhung der auf lange Frist zu niedrigen Fertilität *anstreben* oder ihn wenigsten nicht ablehnen, ist dieser Einfluß bei weitem nicht wirksam genug, um an der bereits im Gange befindlichen negativen Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung (ohne Wandungen) auf Jahrzehnte hinaus noch etwas ändern zu können.

⁸ Die Vereinten Nationen definieren den »*Index der menschlichen Entwicklung*« als Summe aus vier Größen, die mit bestimmten Gewichten multipliziert und anschließend addiert werden. Dabei werden folgende Größen berücksichtigt: (1) Lebenserwartung, (2) Alphabetisierungsgrad Erwachsener, (3) durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs sowie (4) Pro-Kopf-Einkommen. Bei dem in **Schaubild 2** dargestellten Index handelt es sich um eine spezielle Version, bei der zusätzlich die Gleichmäßigkeit (Breite) der Einkommensverteilung berücksichtigt wird. Dabei schlägt sich eine hohe Gleichmäßigkeit in einer Erhöhung, eine niedrige in einer Verringerung des Index nieder. Siehe: UN (Ed.): Bericht über die menschliche Entwicklung 1994, Bonn 1994, S. 124f.